

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zusätzlich Postgebühr. Einzelnummern 10 Pf. Die Postanfertigung und Postverteilung, welche Zustellung in jeder Zeit gewährleisten, werden durch den Verlag des „Wilsdruffer Tageblattes“ übernommen. Die Zustellung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 4-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2-spaltige Reklameweile im zeitlichen Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Vorgelegte und Vorkaufspreise berücksichtigen. Anzeigenpreise sind in Reichspfennigen angegeben. Die Abrechnung erfolgt durch den Verlag des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 208 — 92. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amisblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Mittwoch, den 6. September 1933

Friedensverhinderung.

Seitdem die sogenannte „Abrüstungskonferenz“ im Frühsommer ihre Sitzungen zum soundsowjetischen Male wieder auf längere Zeit verschob und damit der planmäßig von Frankreich betriebenen Abrüstungsabotage erneut in bewährter Weise Vorschub leistete, ist nichts geschieden, um die für den September vorgesehene neue Sitzung im Sinne einer tatsächlichen Zuangriffnahme ernstlicher Abrüstungsmaßnahmen vorzubereiten. Man entsinnt sich: vor Beginn der letzten Tagung der Abrüstungskonferenz hatten vor allem der amerikanische Roosevelt und der stets betont hoffnungsvolle englische Ministerpräsident MacDonald in kategorischen Erklärungen gefordert, daß jene Tagung auf jeden Fall nunmehr zu einer greifbaren Herabsetzung der Rüstungen und damit endlich zur Verubigung Europas und der Welt beitragen müßte, sonst siehe das Schicksal der Abrüstungskonferenz auf dem Spiel.

Nun, wie Deutschen wissen, daß mit dieser Abrüstungskonferenz, die nach sechsjähriger Vorbereitung jetzt schon mehr als 1 1/2 Jahre sich ganz im Sinne Frankreichs mit einer Verhinderung der Abrüstung beschäftigt, praktisch wirklich nichts verloren wäre. Um so mehr interessiert uns das, was sich in der Rüstungsfrage und den verwandten Gebieten während der letzten Monate in Europa getan hat. Und man wird es uns nicht verdenken können, wenn die höchst überraschenden Meldungen gerade von der österreichischen Heeresreform unser ganz besonderes Interesse haben. Es ist dabei völlig gleichgültig, ob es sich um die Schaffung einer Dauermiliz im Rahmen des österreichischen Bundesheeres handelt und ob der Übergang zur „allgemeinen Dienstpflicht“ tatsächlich eingeleitet ist, wie der österreichische Heeresminister Raug in vorerlitt in die Welt hinausbrachte. Es interessiert uns auch erst in zweiter Linie, ob die merkwürdigen „Korrekturen“ aus Paris und London den Tatsachen entsprechen, oder ob sie nicht vielmehr Vertuschungsversuche sind zu dem Zweck, die Welt über den von Österreich gezahlten Preis einerseits und die tatsächlich geplante Dauer dieses sonderbaren Militärabkommens andererseits im Unklaren zu lassen. Für uns Deutsche ist vielmehr vor allem maßgebend die Tatsache, daß die Unterzeichner des Friedensdiktates von Saint Germain der Errichtung dieser Verstärkung des österreichischen Bundesheeres zugestimmt haben — in welcher Form, ist dabei belanglos.

Noch mehr aber ist für Deutschland von Bedeutung die außerordentlich aufschlußreiche Begründung, die man in amtlichen englischen Kreisen jener Zustimmung gegeben hat. Nach den Meldungen aus London sollen diese alle halben Jahre eingezogenen und auszubildenden 8000 bis 10000 Mann in Österreich ausdrücklich außer zu einem Schutz im Innern vor allem auch wegen einer von der Grenze her drohenden Gefahr eingesetzt werden, und die amtliche Londoner Mitteilung sprach dabei ganz offen von der „angeblichen nationalsozialistischen Gefahr“. Hier aber stellt sich sofort eine deutsche Gegenfrage auf: wenn selbst die englische Regierung diese sogenannte Gefahr nur als angeblich bezeichnet, folglich selbst nicht an sie glaubt, was müßten wir Deutschen dann von den nicht angeblichen, sondern aller Welt bekannten ständigen Gefahren und Bedrohungen an unseren Grenzen sagen! Welche Verstärkung der Reichswehr, welches Maß an Aufrüstung müßte man dann Deutschland zubilligen angesichts schon allein des in Waffen starrenden Frankreich und seiner riesigen Angriffsboots, die es wenige Kilometer von der deutschen Grenze entfernt errichtet hat und die ihm gestattet, binnen wenigen Stunden zahlreiche deutsche Städte und Ortschaften im Westen in Schutt und Asche zu legen! Was müßten wir Deutschen dann erst verlangen, die wir nicht nur das ganze Reichsgebiet links des Rheins, sondern auch noch eine fünfzig Kilometer breite Zone auf dem rechten Rheinufer vollständig schutzlos wissen!

Diese Vorgänge zwischen den Kabinetten von Wien, Paris und London schaffen für die kommenden Abrüstungsverhandlungen völlig neues Material, ja vielmehr muß man sogar sagen: eine neue Basis überhaupt. Für Deutschland ist nicht entscheidend die Frage, ob es Frankreich durch diese Maßnahme gewinnen wird, das immer noch amtierende Kabinett Dollfuß und seine ganz auf Frankreich eingestellte undenkliche, unrationale Politik noch ein paar Monate länger über Wasser zu halten. Für uns ist entscheidend die Tatsache als solche und ihre Begründung.

Auch im übrigen sind inzwischen Dinge geschehen, die den Sinn und Zweck der Abrüstungskonferenz einfach ins Absurde führen. Die amerikanische Regierung hat ein umfangreiches Marinestützprogramm bewilligt. Die englische Admiraltät hat ein gleiches Programm erst vor wenigen Tagen der britischen Regierung eingereicht und dürfte damit zweifellos bei ihr durchdringen. Frankreich hat sein riesiges Luftflotte, das im Kriegsjahr rund 5000 Militärflugzeuge einzusetzen vermag, völlig neu organi-

Deutschlands Kredit- und Handelspolitik

Eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten. Das „Amsterdamer „Algemeen Handelsblad“ veröffentlicht eine neue Unterredung seines Berliner Korrespondenten mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht.

Dr. Schacht wendet sich zunächst gegen die Unterredung, daß Mittel der Konversionskasse zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsplänen verwendet werden sollten. Welche Mittel der Reichsregierung zur Finanzierung der deutschen Wirtschaftsbekämpfung zur Verfügung stünden, ergebe sich aus den mehrfach veröffentlichten Aufstellungen. Aus den Wochenbilanzen der Reichsbank könne man sehen, daß die Notenpresse bisher für diese Ausgaben noch nicht in starkem Maße benutzt worden sei. Ferner müsse die Auffassung, daß das Transfermoratorium dem deutschen Kredit schaden könne, als sehr oberflächlich und kurzfristig bezeichnet werden.

Der Umstand, so betont Dr. Schacht, daß Deutschland rechtzeitig Maßnahmen ergriffen habe, um durch eine zeitweilige Aufschubung des Transfers zu verhindern, daß bei Fortdauer der fälligen Schuldentilgungen das Land sich in Kürze vor die Tatsache einer vollkommenen Einstellung der Zahlungen gestellt sehe, müsse jedem, der sehen und begreifen wolle, zeigen, daß Deutschland die Wirtschaftsprobleme, die eine

finstere internationale Wirtschaftspolitik dem Lande aufgedrungen habe, nicht tatenlos anschau, sondern zweckbewusste Lösungen mit Kraft zur Hand nehme. Es würde doch sehr merkwürdig sein, wenn eine solche Haltung dem Kredit Deutschlands schaden und nicht vielmehr das Gegenteil bewirken würde.

Deutschland suche außerdem keinen neuen Kredit, sondern wolle den bestehenden Kredit so schnell wie möglich abwickeln.

„Daß die deutsche Handelspolitik im Auslande Boykotterscheinungen zum Vorschein gebracht habe, ist“, so erklärte Dr. Schacht weiter, „für mich neu. Wohl habe ich von jüdischen Boykottierungen gegen Deutschland gehört. Was dies jedoch mit der Handelspolitik zu tun hat, kann ich nicht verstehen.“ Wenn je die Auffassung im Auslande bestehen dürfte, daß Deutschland durch seine Handelspolitik selbst

die deutsche Ausfuhr erschwert,

so könne darauf hingewiesen werden, daß andere Länder viel früher als Deutschland begonnen hätten, ihre Einfuhr einzuschränken. Ferner werde stets übersehen, daß der deutsche Außenhandel aufs engste mit dem Problem der deutschen Auslandsschulden verknüpft sei. Deutschland könne nur mit einem Überschuß seines Außenhandels seine Schulden bezahlen. Es sei daher verpflichtend, nicht nur seine Ausfuhr nach Möglichkeit zu steigern, sondern auch seine Einfuhr nach Möglichkeit einzuschränken.

„Hitler will Frieden.“

Die schweizerische „Turgauer Zeitung“ bringt einen kurzen Artikel „Hitler will Frieden“. Das Blatt verweist auf den Abschluß des Reichsparteitages in Nürnberg und stellt fest, daß alle Reden des Reichskanzlers den friedlichen Geist der deutschen Regierung und des deutschen Volkes hervorheben.

fiert, erweitert, mit neuestem Material ausgerüstet und unter den Befehl von nicht weniger als sieben Divisionsgenerälen gestellt, wonach sich jeder den tatsächlichen Umfang der französischen Aufrüstung selbst ausrechnen kann. Auf den französischen Western läuft ein Kreuzer nach dem anderen, ein U-Boot nach dem anderen vom Stapel; die riesige „Dunkerque“, das größte und stärkste Schlachtschiff der Welt, geht ihrer Vollendung entgegen. Wir wollen nur noch hinzufügen, daß Frankreichs Militärausgaben schon im Jahre 1932 auf rund fünfzehn Milliarden Francs (nach Angabe der französischen Regierung, in Wirklichkeit also noch mehr) beliefen, und daß Frankreichs Rüstungsetat in diesem Jahr sich wieder um Hunderte von Millionen Franc erhöht hat. Die Tschechoslowakei plant den Neubau von nicht weniger als 200 weiteren Kriegsfingern. Polen setzt trotz seiner katastrophalen Finanzlage nach wie vor volle 37 Prozent seines gesamten Staatshaushaltes lediglich für Rüstungszwecke ein. Kurz, Deutschland sieht rings um sich eine ins Ungeheuerliche steigende Aufrüstung — und zu gleicher Zeit bereiten die Genfer Völkerverbände

„Man muß es gesehen haben, um es zu glauben.“

Ein Holländer über Nürnberg.

Erst nach Abschluß des Reichsparteitages der NSDAP finden sich im „Amsterdamer „Algemeen Handelsblad“ eigene Ausführungen des nach Nürnberg entsandten Berliner Berichterstatters des Blattes über den Verlauf des Kongresses. Es schwindet einem, so schreibt er u. a., von all den amerikanisch anmutenden Reden, und es sei kein Wunder, wenn die amerikanischen Kollegen des Berichterstatters sich in ihrem Element gefühlt hätten, ebenso wie es kein Wunder sei, daß

die Berichterstatter aus Paris mit sehr gemischten Gefühlen

diese „Apothek des erwachten Deutschlands“ durch die gedrängten Straßen von Nürnberg ziehen sehen.

Nach einem Hinweis auf den „überwältigenden Einfluß“ von Hagen, Transparenzen, Fahnen, Tannengrün usw. heißt es, daß man so etwas gesehen haben müsse, um es zu glauben. Nirgends sei auch die gute Stimmung irgendwie gestört worden, was der Berichterstatter darauf zurückführt, daß alle Menschen sich davon durchdrungen fühlten,

zu hohen Zielen

zusammen zu sein. Nach einem Hinweis auf die begeisterte Begrüßung des Luftschiffs „Graf Zeppelin“ durch die Massen heißt es weiter: „Aber was bedeutet dies alles im Vergleich zu der Begeisterung, mit der die Hunderttausend von Parteifolks und die Bürger von Nürnberg Hitler immer wieder begrüßten! Wer im vorigen Jahr der großen braunen Parade in Braunschweig beigewohnt hat, kann feststellen, wie enorm viel Hitler seither wieder an Volkstümlichkeit gewonnen hat.“

„Es ist bedauerlich“, heißt es in einer Zuschrift an die englische Wochenzeitschrift „Spectator“, „daß die Großtaten der nationalsozialistischen Regierung Deutschlands in England noch so wenig bekannt sind.“

Ihnen sei es zu danken, wenn Deutschland heute eine Nation sei, die begeistert arbeite. Eine erstaunliche Zielstreckerheit beherrsche jeden Mann, obwohl viel verlangt würde, und der Geist der Selbstaufopferung und der Arbeit sei überall zu sehen, selbst in den entlegensten Dörfern. Das neue Deutschland beweise, daß die Arbeitskräfte, die in den Straßen nutzlos herumlungerten, wieder zum Arbeitswillen zurückgebracht werden können, wenn sie nur mit dem hohen Geist der Opferbereitschaft befeuert seien.

Dank des Führers.

Berlin, 6. September. Wie der Völkische Beobachter meldet, äußerte sich der Führer der Deutschen Arbeitsfront und Staatsleiter der PD, der NSDAP, Dr. Loh, in einer Unterredung mit einem Pressevertreter sehr beherzt über die ungeheure organisatorische Leistung, die in Nürnberg für den Parteitag vollbracht worden sei und die von seinem Organisationsstab so glänzend bewältigt wurde. Der Führer habe ihn beauftragt, als Zeichen seines Dankes den Mitgliedern des Organisationsstabes sein Bild mit Unterschrift zu überreichen. Mit der Übermittlung des Dankes des Führers an den Organisationsstab verbinde er seinen persönlichen Dank, der auch nicht weniger dem Bürgermeister von Nürnberg, Nebel, und dem Gauleiter Streicher gelte.

eine neue Tagung der „Abrüstungskonferenz“ vor! Will uns etwa noch irgendein Staatsmann jener Großrüstungsagaten einreden, daß sie jemals ernstlich an die Abrüstung gedacht haben, sie, von denen heute die ganze Weltwirtschaft weiß, daß sie zusammen mit den ungeheuren Tribut-Erpressungen auf Grund des Versailler Diktats und mit den abnormen Goldaufhäufungen in den Banken von Frankreich und Amerika die allgemeine Wirtschaftskrise verschuldet haben?

Deutschland wird auch jetzt wieder nach Genf gehen und im Sinne der wiederholten feierlichen Friedensbestimmungen der Reichsregierung, wie sie unser Kanzler Adolf Hitler zuletzt am Niederalb-Deinmal und in Nürnberg ausgesprochen, der Welt seinen ersten Friedenswillen bezeugen und trotz vielfährigem Mißbrauch seiner Geduld an der Abrüstungsfrage weiter mitarbeiten. Es wird aber auch in Genf keinerlei Zweifel daran lassen, daß man mit dem nationalen Deutschland nicht umspringen kann wie mit dem marionettisch regierten Weimar-Deutschland. Unser Reichswehrminister hat es im Rat knapp und klar ausgesprochen: „Die Zeit der Diktate ist vorbei.“